Die Nachvollziehbarkeit von Handlungen der Exekutive ist ein wichtiger Aspekt unserer Demokratie. Es braucht die Möglichkeit, sich über die Entscheidungen und Handlungen der Regierung informieren zu können, gerade auch, wenn ein Vorgehen umstritten oder schwer nachvollziehbar ist. Um dies zu garantieren, ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Öffentlichkeit Zugang zu Informationen hat, die sie benötigt, um sich ein Bild davon machen zu können, wie und auf welchen Grundlagen die Regierung entscheidet.

Ein wichtiger Teil dieser Informationen sind mögliche Protokolle von Sitzungen innerhalb eines Departements, beispielsweise auf Stufe Geschäftsleitung. Diese Protokolle sind eine wichtige Quelle für die Nachvollziehbarkeit des öffentlichen Handelns und bieten eine genaue Schilderung der Entscheidungsfindung im Departement. Durch den Zugang zu diesen Informationen kann die Öffentlichkeit besser verstehen, warum bestimmte Entscheidungen getroffen wurden und sich so ihre Meinung bilden.

Aktuell ist es jedoch so, dass diese Protokolle nach einem Öffentlichkeitsgesuch nach IDG in der Regel nicht zugänglich gemacht werden. Es ist nachvollziehbar, dass die freie Meinungsbildung und -Äusserung innerhalb der Behörde zu schützen ist. Gleichzeitig scheint es aber auch, dass anonymisierte (Beschluss-)Protokolle diese sehr wohl sicherstellen können und gleichzeitig einen Gewinn für die Nachvollziehbarkeit von regierungsrätlichen Handelns bringen würden. Der Persönlichkeitsschutz von in der Verwaltung arbeitenden Personen muss dabei selbstverständlich gewahrt bleiben.

Um dies zu ändern, bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, wie

- die entsprechende Verordnung im Kanton Basel-Stadt dahingehend geändert werden kann, dass bei einem Öffentlichkeitsgesuch anonymisierte (Beschluss)protokolle von Sitzungen des Departements grundsätzlich zur Einsicht herausgegeben werden sollen, wenn nicht ausnahmsweise besondere Geheimhaltungsvorschriften im Sinne des Gesetzes dagegensprechen.
- die Niederschwelligkeit von Öffentlichkeitsgesuchen nach IDG allgemein verbessert werden kann.

Beda Baumgartner, Christine Keller, Fleur Weibel, Nicola Goepfert, Claudia Baumgartner, Hanna Bay